



An die E-Control
Per E-Mail an: recht-post@e-control.at
Zu GZ: V EPV 02/25

Amt der Wiener Landesregierung
MA 64 | Lerchenfelder Straße 4
1080 Wien
Telefon +43 1 4000 89919
Fax +43 1 4000 99 89910
post@ma64.wien.gv.at
wien.gv.at/ma64

MA64-118655-2026-12
Netzreserve-Verordnung;
Begutachtungsentwurf;
Stellungnahme

Wien, am 5. Februar 2026

Termin: 10. Februar 2026

Vorab zur Einsicht:
Frau Vizebürgermeisterin und
amtsführende Stadträtin für
Wohnen, Wohnbau, Stadterneue-
rung und Frauen

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum Begutachtungsentwurf der Netzreserve-Verordnung der E-Control wird nachfolgende Stellungnahme erstattet:

1. Allgemeine Anmerkungen

Einleitend darf angemerkt werden, dass aus dem Verordnungstext nicht hervor geht, welche die verordnungserlassende Behörde ist. Es sollte – im Rahmen der Kundmachung der Verordnung – jedenfalls ersichtlich sein, wer diese erlassen hat. Derzeit weisen nur die Materialien auf eine Erlassung durch die Regulierungsbehörde hin.

2. Zu den einzelnen Bestimmungen

Zu § 3 (Anzeigepflichten):

Der auf 1 MW Engpasskapazität abgesenkte Mindestwert sollte jedenfalls geprüft werden, da dieser im Vergleich zu § 143 Elektrizitätswirtschaftsgesetz, ElWG, BGBl. I Nr. 91/2025, sehr niedrig erscheint.

Die Änderungen zur jährlichen Stilllegungsmeldefrist bis zum 31.12., anstelle der bislang üblichen Frist am 30.9., wird mit der Begründung festgelegt, dass es zeitnäher zum Erbringungszeitraum und daher für die Stilllegungsentscheidung von Vorteil sei. Die Verlängerung der Frist kann für den Regelzonenführer zwar Planungsvorteile bringen, ist aber aus Sicht der Betreiber*innen mit logistischen Nachteilen verbunden und bringt keinen echten Zeitvorteil für saisonale Produkte. Da die Meldepflichten zudem auf den Jahreswechsel fallen, ergibt sich ein beachtlicher Mehraufwand für Betreiber*innen. Es sollte daher geprüft werden, die Stilllegungsmeldefrist beim 30.09. zu belassen.

Zu § 4 (Jährliche Ausschreibung):

Abs. 5: Kritisch zu prüfen ist die Verpflichtung, dass Betreiber*innen von als geeignet eingestuften Anlagen zusätzlich auch Angebote für alle anderen definierten Produkte mit kürzerer Laufzeit im selben Angebotszeitraum abgeben müssen. Dies würde gerade bei der Angebotslegung einen massiven administrativen Mehraufwand mit sich bringen. Dies könnte zudem zu einer Abschreckung kleinerer Betreiber*innen führen, die diesen Aufwand nicht stemmen können.

Abs. 9: Der Begriff „Testfahrten“ sollte durch den Begriff „Testläufe“ ersetzt werden.

Zu § 6 (Stilllegungsverbote):

Die Erweiterung der Auslösekriterien für Stilllegungsverbote (ua. unzureichende Deckung, zu geringe Bieterzahl, pivotal bids, indiziert fehlender Wettbewerb) sollte kritisch geprüft werden. Der bisherige Zwischenschritt, wonach kostenbasierte Verträge mit Anbieter*innen abgeschlossen werden konnten, die an der Ausschreibung teilgenommen, aber keinen Zuschlag erhalten haben, entfällt. Geeignete Anlagen kommen nunmehr direkt für ein Stilllegungsverbot in Frage. Außerdem kann künftig ein Stilllegungsverbot auch ohne vorherige Ausschreibung ausgesprochen werden, wenn erkennbar ist, dass es keinen ausreichenden Gebotswettbewerb geben wird. Direkte Stilllegungsverbote ohne Zwischenschritt stellen jedenfalls einen starken Eingriff in die Dispositionsfreiheit von Betreiber*innen dar. Die Bestimmung sollte daher auf den minimal notwendigen Eingriff beschränkt und (anhand des beihilferechtlich möglichen Rahmens) geprüft werden.

Zum Pönalsystem der Netzreserve:

Das Pönalsystem der Netzreserve sieht vor, dass Vertragsstrafen auch für Zeiträume anfallen können, in denen Netzreservebetreiber*innen kein Entgelt erhalten, namentlich während der Toleranzmonate sowie im Fall einer Ruhendstellung des Vertrags. Die angedachte Systematik sollte dahingehend geprüft werden, ob in der Verordnung klarere, aber verhältnismäßige Regelungen für Sanktionen bzw. Rückforderungen bei Nichtverfügbarkeit vorzusehen sind (etwa während Toleranzmonaten oder Ruhendstellungen). Diese könnten dem in diesem Zeitraum fehlenden Entgelt angemessen Rechnung tragen und jedenfalls Aspekte wie eine rechtzeitige Meldung sowie unverschuldete Nichtverfügbarkeiten berücksichtigen.

Mag. Matthias Fliedl
Telefon +43 1 4000 89929

Mit freundlichen Grüßen
Die Dienststellenleiterin:

(elektronisch gefertigt)

i.V. DI Andreas Karner

Nachrichtlich an:

Magistratsdirektion – BüroMD (zu GZ: MDK-109273-2026)

Magistratsdirektion – Geschäftsbereich Recht (zu GZ: MDR-118246-2026)

Magistratsdirektion – Geschäftsbereich Bauten und Technik

Magistratsdirektion – Geschäftsbereich Organisation und Sicherheit, Gruppe SVS

Magistratsdirektion – Bereichsleitung Klimaangelegenheiten

Magistratsabteilungen 5 und 20

Wiener Stadtwerke GmbH